



## EU will Werbung weiter regulieren

**Tabakprodukt-Richtlinie.** In Deutschland gibt es knapp 15 Millionen Raucher ab 15 Jahren. Um vor allem den Zigarettenkonsum von Jugendlichen zu reduzieren, will die Europäische Kommission die Tabakprodukt-Richtlinie verschärfen – zum Leidwesen von Markenherstellern, die dadurch die unternehmerische Freiheit verletzt sehen.

Nach der neuen Tabakprodukt-Direktive (TPD) müssten Zigarettenpackungen in Zukunft mindestens zu zwei Dritteln mit Schockbildern von verteernten Lungen oder schwarzen Raucherbeinen sowie mit Warnhinweisen versehen werden. So will Brüssel vor allem Jugendliche vom Rauchen abhalten. Ob das auf diese Art und Weise tatsächlich gelingen kann, ist bisher allerdings noch nicht bewiesen.

Die deutschen Markenartikler sehen durch die neue Richtlinie die Existenz von Marken

bedroht. Durch die Bilder und Warnhinweise, so das Argument, bleibe auf der Packung kaum noch Platz für Markenlogos, Markenzeichen oder markentypische Schriftzüge. Damit gefährde die EU-Richtlinie die Existenz von Marken, denn Logos und das Design der Packung seien deren wesentliches Element und damit Eckpfeiler in der Kommunikation mit dem Verbraucher.

Gegenwärtig wird die Einheitsverpackung zwar nur für Tabakwaren diskutiert. Doch es ist zu erwarten, dass sich die Werberestrikti-

onen auch auf andere Bereiche erstrecken, sobald diese als problematisch identifiziert werden. Dies kann von A wie Alkohol über F wie Fett bis hin zu Z wie Zucker reichen. Sollte zum Beispiel die Werbung für alle Produkte, die Alkohol, Zucker oder Fett enthalten, eingeschränkt oder gar verboten werden, hätte dies gravierende Folgen für die Werbewirtschaft (Grafik):

**Jährlich investieren die Unternehmen in Deutschland rund 30 Milliarden Euro in Werbung – durch Anzeigen, Plakate, TV-Spots, Radio- oder Online-Werbung.**

Im internationalen Vergleich mischen die deutschen Unternehmen in Sachen Werbung ganz oben mit – lediglich in den USA, in Japan und in China wird noch mehr Geld für Werbung ausgegeben.

Werbung für Zigaretten ist in Deutschland allerdings ohnehin weitestgehend verboten, seit Jahren sind die Packungen zudem mit Warnhinweisen versehen.

Der EU-Ministerrat hat sich zwar noch nicht zu einer endgültigen →



### Inhalt

**Bayern.** Am 15. September wird der bayerische Landtag neu gewählt. An einer CSU-geführten Regierung wird in München kein Weg vorbeiführen.  
Seite 3

**Wohneigentum.** Knapp die Hälfte des Wohnraums in Deutschland wird von Eigentümern bewohnt. Im Vergleich zu den europäischen Nachbarländern ist das wenig.  
Seite 4-5

**Betriebliche Altersversorgung.** Die Europäische Kommission sieht davon ab, von den Pensionskassen mehr Eigenkapital als Risikovorsorge zu verlangen. Dies hätte die deutsche Altersversorgung unnötig gefährdet.  
Seite 6-7

**Automobilmarkt.** Mobil sein, aber zu bezahlbaren Preisen: Auf der Internationalen Automobilausstellung in Frankfurt dreht sich vieles um die Alternativen Erdgas- und Elektrofahrzeuge.  
Seite 8

→ Position durchgerungen, allerdings hat der Rat sich auf eine gemeinsame Linie geeinigt, sodass jetzt mit dem Europäischen Parlament verhandelt werden kann. Dass die Tabakrichtlinie kommt, ist relativ sicher. Es muss jedoch geklärt werden, in welchem Umfang in Zukunft Warnhinweise und Bilder auf den Zigarettenschachteln erscheinen. Wahrscheinlich ist, dass diese zwischen 65 und 75 Prozent der Packungsoberfläche einnehmen sollen. Das EU-Parlament wird voraussichtlich im Oktober darüber abstimmen. In Kraft treten könnten die neuen Regelungen frühestens 2015.

Am Rande der Abstimmungen in Brüssel wird zudem das Thema

„plain packaging“ diskutiert. Bei diesen Einheitsverpackungen dürfen keine Markenlogos oder Ähnliches auf den Schachteln erscheinen. Auf EU-Ebene ist dieses Thema zwar vom Tisch, Irland und Schottland aber halten weiterhin daran fest. Vorbild für die Einheitsverpackungen ist Australien. Der fünfte Kontinent hat plain packaging für Tabakwaren als erster eingeführt.



## Arbeitslose Ausländer in Deutschland

Arbeitslosenquote von Ausländern aus diesen Herkunftsländern in Prozent

Libanon	55,0	Türkei	21,5
Irak	46,0	Kosovo	17,2
Afghanistan	37,5	Bosnien und Herzegowina	13,4
Iran	37,1	Griechenland	13,3
Ukraine	30,2	Italien	12,7
Marokko	27,1	Polen	12,2
Russland	24,4	Kroatien	9,3
Kasachstan	23,0	Portugal	9,0
Mazedonien	22,9	Rumänien	7,5
Vietnam	21,9		

Auf Basis der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten  
Stand: Juni 2012; Ursprungsdaten: Bundesagentur für Arbeit

IW Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2013 IW Medien - Iwd 37

## Berufsausbildung oft Fehlangeige

**Ausländer haben es hierzulande auf dem Arbeitsmarkt schwerer als Deutsche. Vielen fehlt eine berufliche Ausbildung.**

Ausländer sind rund doppelt so oft arbeitslos wie Deutsche. Während die Arbeitslosenquote in Deutschland im Juni 2012 insgesamt 6,6 Prozent betrug, waren es bei Personen ohne deutschen Pass 13,9 Prozent. Immerhin konnten Ausländer auch vom Aufschwung am Arbeitsmarkt profitieren: Seit 2005 sank ihre Arbeitslosenquote um ein Drittel, die der Deutschen allerdings um mehr als 40 Prozent.

Der Grund für die deutlichen Unterschiede liegt vor allem in den verschiedenen Qualifikationen: Rund ein Viertel der ausländischen Beschäftigten besitzt keine abgeschlossene Berufsausbildung (Deutsche: 8 Prozent).

Die Arbeitslosigkeit verteilt sich allerdings ganz unterschiedlich auf die einzelnen Nationalitäten – sowohl absolut als auch relativ betrachtet:

**Türken stellen 140.000 der insgesamt 460.000 arbeitslosen Ausländer. An zweiter Stelle folgen die Italiener mit 29.000 Arbeitslosen.**

Die höchsten Arbeitslosenquoten – auf Basis der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten – haben allerdings Menschen aus dem arabischen Raum (Grafik). Sie wandern in der Regel nicht aus beruflichen Gründen nach Deutschland ein. Staatsangehörige der osteuropäischen EU-Beitrittsländer kommen dagegen auf dem deutschen Arbeitsmarkt recht gut zurecht. Rumänen sind sogar seltener arbeitslos als Deutsche.

# Der Himmel bleibt weiß-blau

**Bayern.** Am 15. September – eine Woche vor der Bundestagswahl – wird der bayerische Landtag neu gewählt. An einer von der CSU geführten Regierung wird in München kein Weg vorbeiführen. Angesichts der guten Wirtschaftslage im Freistaat dürfte der Hang zu politischen Experimenten nur marginal ausgeprägt sein.

Bayern gehört nicht nur zu den größten Bundesländern, sondern seit vielen Jahren auch zu den wirtschaftlich stärksten Regionen in Deutschland. Im jährlichen Bundesländer-ranking von IW Consult, Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft und WirtschaftsWoche belegt Bayern seit 2005 den ersten Platz.

Ein wesentlicher Faktor für das Top-Ranking ist der hohe Wohlstand in Bayern: Beim Bruttoinlandsprodukt je Einwohner befindet sich der Freistaat zusammen mit Hessen und Baden-Württemberg seit Jahren in der Spitzengruppe der Flächenländer.

Auch in puncto Arbeitsmarkt ist die weiß-blaue Bilanz makellos:

- **Die Arbeitslosenquote** ist in Bayern nur halb so hoch wie im Bundesdurchschnitt. In vielen Landkreisen herrscht praktisch Vollbeschäftigung – das heißt, dort sind lediglich 2 bis 3 Prozent der Erwerbspersonen ohne Job.
- **Die Erwerbsquote** liegt im größten deutschen Flächenland über der 80-Prozent-Marke, bundesweit gehen dagegen nur 76 Prozent der Einwohner zwischen 15 und 64 Jahren einer Beschäftigung nach.

## Bayern: Starker Freistaat

im Jahr 2012 ■ Bayern ■ Deutschland

Einwohner in 1.000	12.627	81.903
Erwerbstätige in 1.000	6.946	41.613
Bruttoinlandsprodukt (BIP) in Milliarden Euro	465,5	2.643,9



Die gute Wirtschaftslage verdankt Bayern vorrangig seiner vielfältigen Wirtschaftsstruktur.

**Der Kraftfahrzeugbau, der Maschinenbau und die Elektroindustrie gehören zu den wichtigsten Industriezweigen im Freistaat.**

Die Industriestruktur weist eine lebendige Mischung aus großen Weltunternehmen wie BMW, Audi und Siemens sowie vielen kleinen und mittleren Betrieben auf. Beide Seiten profitieren von der Clusterbildung – denn zahlreiche mittelständische Firmen arbeiten als spezialisierte Zulieferer eng mit den großen Unternehmen zusammen.

Viele Betriebe sind aber auch eigenständig als „hidden champions“ auf den Weltmärkten unterwegs. Dies schlägt sich in einer hohen Exportleistung der bayerischen Industrie nieder: Diese erzielt 51 Prozent ihrer Umsätze im Ausland. Die Exportquote für die gesamte Bundesrepublik beträgt dagegen lediglich 45 Prozent.

Ein Schlüssel für diese Erfolge sind die gute Ausbildung der Arbeitnehmer und die Forschungsintensität der Unternehmen. In Bayern ist der Anteil der Ingenieure an allen Beschäftigten mit 3,3 Prozent um einen halben Prozentpunkt höher als im Bundesvergleich, und es sind auch mehr Erwerbstätige mit Forschungs- und Entwicklungsaufgaben betraut – nämlich 11 von 1.000 Beschäftigten gegenüber 8 von 1.000 im Bundesdurchschnitt.

Von dieser starken wirtschaftlichen Leistung profitieren auch andere. Bayern ist seit 1993 Nettozahler im Länderfinanzausgleich.

Nicht zu vergessen: Das Land der Franken, Schwaben und Bajuwaren ist als Ferienland sehr beliebt – dort machten 2012 allein 4 Millionen Deutsche Urlaub. Das südliche Bayern und nicht zuletzt München sind zudem als Wohnsitz attraktiv. Im Gegensatz zum Bund nimmt daher auch die Bevölkerungszahl in Bayern weiter zu.

# In fremden Wohnungen zu Hause

**Wohneigentum.** Nur knapp die Hälfte des Wohnraums in Deutschland wird von Eigentümern bewohnt. Im Vergleich zu den europäischen Nachbarländern ist das wenig. Allerdings unterscheiden sich die Wohneigentumsquoten auch innerhalb der Bundesrepublik: In Bremen leben rund 40 Prozent der Bevölkerung im Eigentum, in Berlin nur 15 Prozent. In ländlichen Regionen wiederum gibt es oft mehr Grundbesitzer als Mieter.

Mieten oder kaufen? Ausgerechnet die Deutschen, die als konservativ und vorsorgebewusst gelten, wohnen im europäischen Vergleich eher selten in den eigenen vier Wänden (Grafik):

**Gerade mal 46 Prozent aller Haushalte in Deutschland lebten 2011 im Eigentum; nur die Schweizer unterschritten diesen Wert noch um 2 Prozentpunkte.**

In Frankreich dagegen beträgt die Wohneigentumsquote 63 Prozent, in Italien 73 Prozent, in Spanien fast 83 Prozent. In der Slowakei, in Kroatien, Litauen und Rumänien werden sogar mehr als 90 Prozent der

Häuser und Wohnungen von ihren Eigentümern bewohnt.

Dass so wenige Menschen in der Bundesrepublik über Betongold verfügen, hat vor allem historische Gründe: Im Zweiten Weltkrieg wurde viel Bausubstanz zerstört. Auch Währungsverfall und Vertreibung haben dazu beigetragen, dass die Eigentumsquote gering blieb.

Nach 1945 fehlten in Deutschland mehr als 6 Millionen Wohnungen. Die Beseitigung der Wohnungsnot war daher ein zentrales Ziel des Wiederaufbaus. Mithilfe des sozialen Wohnungsbaus, der Wohnraum in relativ hoher Qualität bot, gelang es

nicht nur, die Wohnungsknappheit zu lindern; nach dem Auslaufen der Mietbindung gingen diese Wohnungen auch sukzessive in den freien Markt über, sodass sie die Grundlage für einen attraktiven und funktionsfähigen Mietwohnungsmarkt in Deutschland schufen.

Anders in Großbritannien: Die Sozialwohnungen, die nach 1945 im Vereinigten Königreich mit staatlicher Unterstützung gebaut wurden, waren von eher schlechter Qualität. Mieter, die in diesen Wohnungen wohnten, wurden häufig stigmatisiert – und bevorzugten deshalb Eigentum. Im Gegensatz zu Deutschland blieben die britischen Sozialwohnungen auch lange in staatlicher Hand, sodass sich auf der Insel der Mietwohnungsmarkt nur schleppend entwickeln konnte. Entsprechend hoch ist heute die Eigentumsquote im Vereinigten Königreich: 2011 betrug sie fast 68 Prozent.

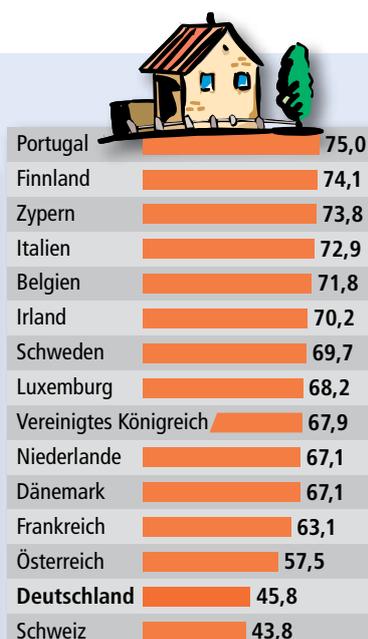
Dass Grundbesitz in allen anderen europäischen Ländern so viel weiter verbreitet ist als hierzulande, hängt auch mit den teils üppigen staatlichen Fördermaßnahmen zusammen. Manche Staaten wie die Niederlande subventionieren den privaten Wohnungsbau oder räumen ihm großzügige steuerliche Vorteile ein; in Deutschland dagegen gab es nur die Eigenheimzulage für selbst genutztes Wohneigentum – und auch dieser finanzielle Anreiz wurde im Jahr 2006 abgeschafft.

Gleichwohl ist das Interesse an eigenen vier Wänden in den vergangenen Jahren auch in der Bundesrepublik deutlich gestiegen – kein Wunder angesichts der Debatten um

## Wohneigentum in Europa

Eigentumsquoten in Prozent im Jahr 2011

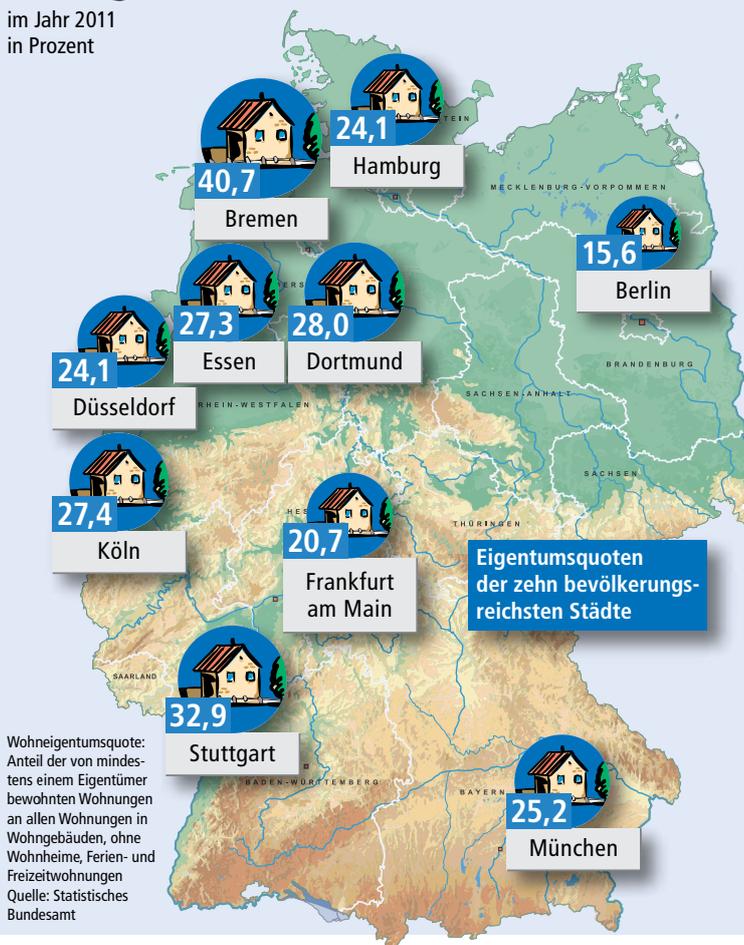
Rumänien	96,6
Litauen	92,3
Kroatien	92,1
Slowakei	90,2
Bulgarien	87,2
Norwegen	84,0
Estland	83,5
Spanien	82,7
Lettland	82,5
Polen	82,1
Malta	80,8
Tschechien	80,1
Slowenien	77,5
Griechenland	75,9



Wohneigentumsquote: Anteil der von mindestens einem Eigentümer bewohnten Wohnungen an allen Wohnungen in Wohngebäuden, ohne Wohnheime, Ferien- und Freizeitwohnungen  
Quellen: Eurostat, Statistisches Bundesamt

## Die eigenen vier Wände

im Jahr 2011  
in Prozent



### Grundbesitzer unter sich

Die zehn Städte mit den höchsten Wohneigentumsquoten

Städte: ab 30.000 Einwohner

69,4

St. Ingbert

Saarland



67,4

Meppen

Niedersachsen



66,8

Stuhr

Niedersachsen



64,5

Ahaus

Nordrhein-Westfalen



63,9

Balingen

Baden-Württemberg



63,8

Albstadt

Baden-Württemberg



63,4

Nordhorn

Niedersachsen



63,2

Pulheim

Nordrhein-Westfalen



63,2

Aurich

Niedersachsen



62,5

Erftstadt

Nordrhein-Westfalen

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2013 IW Medien - iw-d 37

drohende Mietpreisexpllosionen und der Notwendigkeit einer privaten Altersvorsorge.

Allein von 1998 bis 2011 hat sich die Wohneigentumsquote um mehr als 10 Prozentpunkte erhöht – und dieser Trend dürfte sich nicht zuletzt wegen der Schuldenkrise weiter verstärken: Die Niedrigzinspolitik der Europäischen Zentralbank macht es Kapitalanlegern in Deutschland derzeit schwer, eine nennenswerte Rendite zu erzielen. Viele überlegen deshalb, in eine Immobilie zu investieren – zumal sich auch die Hypothekenzinsen nur knapp über dem historischen Tiefstand bewegen.

Für Großstädter lässt sich der Wunsch nach einer eigenen Immobilie allerdings nicht ganz so leicht umsetzen. Vor allem in den Metropolen liegen die Preise deutlich über

denen, die auf dem Land verlangt werden: In München zum Beispiel, wo der Quadratmeter Wohnfläche laut des Online-Marktplatzes Immobilienscout24 im ersten Quartal 2013 durchschnittlich 4.080 Euro kostete, sind Wohnungen und Häuser deutlich teurer als im Rest der Bundesrepublik. Deshalb wohnt in der bayerischen Landeshauptstadt auch lediglich ein Viertel der Bewohner im Eigentum (Grafik).

Eine Ausnahme im Großstadtrand bildet Berlin, wo die Eigentumsquote gerade mal knapp 16 Prozent beträgt – ein Wert, der vor allem auf die historisch bedingt niedrige Wohneigentumsquote in Ostberlin zurückgeführt werden kann. Zu DDR-Zeiten war der Erwerb von selbst genutztem Wohneigentum nur sehr begrenzt möglich; außerdem

waren die Mieten im Osten so günstig, dass sich der Immobilienkauf unter finanziellen Gesichtspunkten kaum gelohnt hat: Für Altbauwohnungen mussten lediglich die auf dem Niveau von 1936 eingefrorenen Mieten gezahlt werden, für Neubauten durchschnittlich 0,45 Euro pro Quadratmeter.

Kein Wunder also, dass die Städte mit den höchsten Eigentümerquoten alle in Westdeutschland liegen. Spitzenreiter ist St. Ingbert im Saarland. Dort leben nahezu 70 Prozent der Haushalte in der eigenen Wohnung oder im eigenen Haus. Aber es geht noch mehr: In manchen kleineren Ortschaften leben Haus- und Grundbesitzer sogar gänzlich unter sich. Insgesamt gibt es in Deutschland 47 Gemeinden mit einer Eigentümerquote von 100 Prozent.

# Brüssel besinnt sich

**Betriebliche Altersversorgung.** Die Europäische Kommission ist vorerst davon abgerückt, von den Pensionskassen und -fonds mehr Eigenkapital als Risikovorsorge zu verlangen. Dieser Rückzug ist richtig, denn strengere Vorschriften würden diese wichtige Säule der Altersversorgung in Deutschland unnötig gefährden.

Fünf Jahre nach der Lehman-Pleite arbeitet die Europäische Kommission noch immer daran, die Finanzmärkte krisenfest zu gestalten. So will sie mit der sogenannten Solvency-II-Rahmenrichtlinie auch den Versicherern verschärfte Berichtspflichten und ein strengeres Risikomanagement auferlegen. Vor allem aber sollen höhere Eigenkapitalanforderungen die Versicherer vor einer Schieflage bewahren.

Zugleich will Brüssel die Pensionsfondsrichtlinie zur betrieblichen Altersversorgung überarbeiten. Weil die auf diesem Gebiet tätigen Einrichtungen – ebenso wie Banken und Versicherer – das Kapital ihrer Kunden an den Finanzmärkten anlegen, erscheint die Übertragung der Solvency-II-Regeln auf den ersten Blick

naheliegender. Auf den zweiten Blick hätte eine solche Reform jedoch unerwünschte Folgen.

Dies gilt vor allem für Pensionskassen und -fonds, die nach dem Modell einer Lebensversicherung organisiert sind und für viele Arbeitnehmer hierzulande einen wichtigen Beitrag zur Absicherung im Alter leisten (Grafik Seite 7):

**Allein bei den Pensionskassen haben die Arbeitgeber für fast 6,8 Millionen Beschäftigte eine betriebliche Altersversorgung angelegt – damit ist die Zahl der Anwärter innerhalb von knapp zehn Jahren um rund 60 Prozent gestiegen.**

Derzeit erhalten gut 1 Million ehemalige Arbeitnehmer eine zusätzliche Rente von den Pensionskassen, weitere 143.000 profitieren von der

ergänzenden Hinterbliebenenversorgung. Die erst seit rund zehn Jahren existierenden Pensionsfonds zahlen ebenfalls immer mehr Renten aus; die Zahl der Anwärter näherte sich zuletzt der 500.000er-Marke.

Müssten diese Einrichtungen mehr Deckungskapital vorhalten, wären die Arbeitgeber verpflichtet, Geld nachzuschießen – und zwar viel Geld: Erste Schätzungen der Pensionskassen kamen zu dem Ergebnis, dass der Eigenkapitalbedarf um bis zu 50 Milliarden Euro steigt (vgl. iwd 50/2011).

Käme es dazu, könnten sich die Unternehmen ihr bisheriges Engagement in Sachen betriebliche Altersversorgung schlichtweg nicht mehr leisten. Doch gerade diese Säule wird immer wichtiger (Grafik):

**In diesem Jahr werden in Deutschland schätzungsweise 24,3 Milliarden Euro an Betriebsrenten ausgezahlt – fast doppelt so viel wie zu Beginn der 1990er Jahre.**

Selbst ohne die Zusatzversorgung im öffentlichen Dienst entsprechen die Leistungen der betrieblichen Altersversorgung inzwischen mehr als 9 Prozent der Ausgaben der gesetzlichen Rentenversicherung.

Eine Verschärfung der Pensionsfondsrichtlinie wäre nicht nur teuer, sondern auch überflüssig:

- **Arbeitgeberhaftung.** Wenn eine Pensionskasse oder ein Pensionsfonds strauchelt, müssen letztlich die dahinterstehenden Unternehmen die finanzielle Lücke stopfen. Unter Berücksichtigung dieses „doppelten Bodens“ erkennt auch die Europäische Versicherungsaufsicht an, dass die derzeitigen Regulierungen in



Deutschland als Schutzschild für die Versicherten ausreichen.

- **Rückversicherung.** Für die meisten Formen der betrieblichen Altersversorgung ist die Mitgliedschaft des jeweiligen Arbeitgebers im Pensionsversicherungsverein vorgeschrieben. Dieser übernimmt die Zahlungsverpflichtungen, wenn eine Firma insolvent wird.

Diese Argumente haben anscheinend auch die Europäische Kommission ins Grübeln gebracht – sie hat das Thema Eigenkapitalanforderungen bei der Überarbeitung der Pensionsfondsrichtlinie ausgeklammert. Allerdings wollen die EU-Bürokraten weiterhin die anderen Sol-

## Pensionskassen und Pensionsfonds in Deutschland

### Pensionskassen

Pensionskassen sind rechtlich selbstständige Unternehmen, die den Arbeitnehmern den Rechtsanspruch auf Versorgungsleistungen gewähren. Sie funktionieren wie eine Lebensversicherung und unterliegen der Versicherungsaufsicht. Die Leistungen werden durch Einzahlungen der Arbeitgeber finanziert. Diese müssen dazu nicht Pflichtmitglied im Pensionsversicherungsverein sein.

	Anwärter	Renten	
		Alters- und Invaliditätsrenten	Hinterbliebenenversorgung
2003	4.242	991	128
2011	6.770	1.050	143

in 1.000

### Pensionsfonds

Die rechtsfähigen Fondsgesellschaften sagen den Arbeitnehmern lebenslange Leistungen im Ruhestand zu. Garantiert wird dabei in der Regel der nominale Wert der eingezahlten Beiträge – gegebenenfalls zuzüglich einer gesetzlichen Mindestverzinsung. Die Fondsleistungen werden über Einzahlungen der Arbeitgeber finanziert, die ihr Insolvenzrisiko im Pensionsversicherungsverein absichern müssen. Die Fonds selbst unterliegen der Finanzdienstleistungsaufsicht.

	Anwärter	Renten	
		Alters- und Invaliditätsrenten	Hinterbliebenenversorgung
2003	0	0	0
2011	492	228	74

Quelle: Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2013 IW Medien - Iwd 37

vency-II-Regeln auf die betriebliche Altersversorgung übertragen – wie etwa die strengeren Vorgaben für das Risikomanagement. Und damit blei-

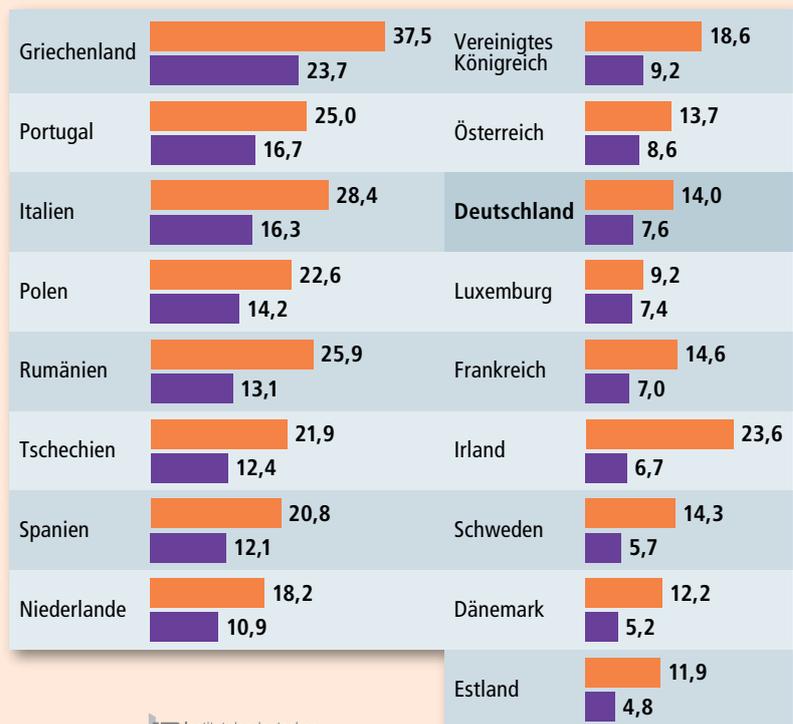
ben Zweifel, ob sich Pensionsfonds und -kassen nicht doch über kurz oder lang mit strengeren Kapitalvorschriften konfrontiert sehen.

Innerhalb der EU haben die südeuropäischen Länder traditionell den höchsten Anteil an Selbstständigen. Nicht zuletzt der boomende Tourismus mit seinen vielfältigen Angeboten – angefangen von Souvenirshops über Tavernen bis hin zu Surfkursen – dürfte die Gründerszene dort beflügeln. Diese Wirtschaftsstruktur kommt offenbar auch Frauen entgegen – ihre Selbstständigenquoten sind im Süden mehr als doppelt so hoch wie in Deutschland (Grafik).

Die skandinavischen Länder Schweden, Norwegen, Dänemark und Finnland haben wie Deutschland eine unterdurchschnittliche Selbstständigenquote, die mit Förderprogrammen erhöht werden soll. In Schweden beispielsweise sollen zahlreiche Förderprogramme Frauen darin unterstützen, Firmen zu gründen und auszubauen. Allein zwischen 2007 und 2012 haben 40.000 schwedische Gründerinnen an 850 verschiedenen Entwicklungsprogrammen teilgenommen. Zwischen 2011 und 2014 werden diese Programme mit 45 Millionen Schwedenkronen jährlich unterstützt.

## Selbstständige in der EU

2012 in Prozent aller Beschäftigten ■ Männer ■ Frauen



Quelle: EU-Kommission

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2013 IW Medien - Iwd 37

# Noch ein kleines Segment

**Automobilmarkt.** Die Zeit des preiswerten Erdöls und damit der ungeprübten Fahrfreude ist vorbei. Da die Menschen aber mobil bleiben wollen, sind Alternativen zum herkömmlichen Verbrennungsmotor gefragt. Vieles dreht sich daher auf der gerade angelaufenen Internationalen Automobil-Ausstellung in Frankfurt um Erdgas- und Elektrofahrzeuge.

Diesel, Benzin und Autogas – alle drei Kraftstoffarten werden aus Erdöl gewonnen und treiben den Großteil der 43 Millionen Autos auf deutschen Straßen an. Noch nicht einmal 100.000 Fahrzeuge fahren mit Energie aus einer anderen Quelle wie mit Strom oder Erdgas (Grafik). Dabei wird Erdöl immer teurer:

**Ein Fass Erdöl kostet zurzeit gut 110 US-Dollar und damit fünf Mal so viel wie noch vor zehn Jahren.**

Erdöl ist gefragt und die Förderkosten sind hoch, daher wird sich wohl auch in Zukunft nichts an den

hohen und steigenden Preisen ändern. Doch die Menschen wollen mobil sein und dies zu einem bezahlbaren Preis. Die Automobilindustrie verbessert deshalb die Motoren und macht sie effizienter:

**Von 2006 bis 2011 sank der durchschnittliche Spritverbrauch von Neuwagen in der EU um fast 15 Prozent.**

Dabei spielte der effiziente Diesel eine große Rolle. Allein der Anteil an neu zugelassenen Dieselfahrzeugen stieg in Westeuropa von knapp 14 Prozent im Jahr 1990 auf zuletzt über 50 Prozent. Auch in Deutschland setzt sich der Diesel immer mehr durch.

**Die Zahl der Autos, die Benzin tanken, hat in Deutschland seit 2006 um 5,7 Millionen abgenommen – die mit Dieselmotor nahm dagegen um fast 2,5 Millionen zu.**

Mittlerweile werden fast ebenso viele Dieselfahrzeuge neu zugelassen wie Benzinler. Das spart Energie, denn Dieselmotoren sind sparsamer als Benzinmotoren. Allerdings sind sie in der Herstellung teurer und benötigen eine aufwendige Abgasreinigung mit Partikelfiltern. Zudem sind Benzinmotoren in den vergangenen Jahren deutlich effizienter geworden. Gerade die beliebten Kleinwagen werden daher meist mit einem Benzin- und nicht mit einem Dieselmotor gekauft.



Eine Alternative ist der Antrieb mit Erdgas. Es ist in großen Mengen verfügbar und die Motoren müssen technisch nur leicht verändert werden, um Erdgas nutzen zu können. Die noch geringe Zahl an Erdgasautos in Deutschland könnte also schnell erhöht werden.

Technisch schwieriger ist es dagegen, Autos mit Strom anzutreiben. Die Betriebskosten sind niedrig, doch die Herstellungskosten hoch und die Reichweite gering. Derzeit schaffen Elektroautos eine Strecke von maximal 200 Kilometern, bevor sie wieder an die Steckdose müssen.

## Adressaufkleber

## Impressum

**Herausgeber:**  
Institut der deutschen Wirtschaft Köln  
**Chefredakteur:** Axel Rhein  
**Stellv. Chefredakteur:** Klaus Schäfer (verantwortlich)  
**Redaktion:** Andreas Wodok (Textchef), Irina Berenfeld, Vanessa Dahm, Berit Schmiedendorf, Sara Schwedmann, Alexander Weber  
**Redaktionsassistent:** Ines Pelzer  
**Grafik:** Michael Kaspers, Ralf Sassen  
**Telefon:** 0221 4981-523, **Fax:** 0221 4981-504  
**E-Mail:** iw-d@iwkoeln.de

Erscheinungsweise wöchentlich  
**Bezugspreis:** € 8,67/Monat, zzgl. € 3,08  
Versandkosten, inkl. Mehrwertsteuer  
**Abo-Service:** Therese Hartmann,  
Telefon 0221 4981-443, hartmann@iwkoeln.de  
**Verlag:** Institut der deutschen Wirtschaft  
Köln Medien GmbH,  
Postfach 10 18 63, 50458 Köln,  
Konrad-Adenauer-Ufer 21, 50668 Köln  
**Telefon:** 0221 4981-0, **Fax:** 0221 4981-445  
**Druck:** Warlich Druck Meckenheim GmbH,  
Meckenheim

Dem iw-d wird einmal monatlich (außer Juli und Dezember) „Wirtschaft und Unterricht“ beigelegt.

Rechte für den Nachdruck oder die elektronische Verwertung über: lizenzen@iwkoeln.de  
Rechte für elektronische Pressespiegel unter: www.pressemonitor.de

**iW.KÖLN.WISSEN**  
SCHAFFT KOMPETENZ.